

DAS DOKUMENT

Appell für Deutschlands Einheit in Frieden und Freiheit

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes stimmte auf seiner Sitzung in Berlin am 6. April 1960 einer Entschließung zu, die folgenden Wortlaut hat:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund begrüßt, daß die Großmächte auf einer Gipfelkonferenz Maßnahmen für eine allgemeine Abrüstung und ein Übereinkommen zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit vereinbaren wollen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund erwartet von den Beratungen, daß sie zur Beseitigung der die Menschheit bedrohenden Spannungen zwischen den Ost- und Westmächten beitragen und damit zu einer Befriedung der Welt führen werden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund muß jedoch erklären, daß die Haltung der Sowjetunion zur Deutschlandfrage unvereinbar mit dem auch von der Sowjetunion immer wieder geforderten Selbstbestimmungsrecht aller Völker ist.

Die Forderungen der Sowjetunion auf Anerkennung zweier deutscher Staaten und einer sogenannten „Freie Stadt West-Berlin“, wie sie auch in dem von der Sowjetunion unterbreiteten Friedensvertrag für Deutschland enthalten sind, müssen von den deutschen Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften abgelehnt werden, weil sie dem deutschen Volk seine

Einheit in Frieden und Freiheit nicht wiedergeben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert:

1. daß die verantwortlichen Großmächte, die USA, Frankreich, England und die UdSSR, endlich die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit veranlassen;

2. daß die Freiheit Berlins und seine rechtliche und wirtschaftliche Zugehörigkeit zur Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung erhalten bleiben;

3. daß die von den Vereinten Nationen in ihrer Erklärung der Menschenrechte proklamierten Freiheitsrechte auch den Menschen in Mitteldeutschland in vollem Ausmaß nach bald 30 Jahren Diktatur umgehend wiedergegeben werden;

4. daß auf Grund des Selbstbestimmungsrechts den Deutschen bei einer Wiedervereinigung garantiert wird, ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Status frei zu bestimmen;

5. daß die Bundesregierung nachdrücklich auf die Verwirklichung vorstehender Forderungen zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit und zur Erreichung eines Friedensvertrages in einem wiedervereinigten Deutschland hinwirkt.

Es gilt, die ganze Menschheit von dem Alpdruck der Kriegsgefahr und der damit verbundenen Anwendung von Atomwaffen zu befreien.

Wir fordern daher den Abschluß eines Abkommens über eine allgemeine kontrollierte Abrüstung und über ein Verbot aller Atomwaffen. Denn der Friede in dieser Welt ist die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit bei allen Völkern.